

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 27.Sept. 2022

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2022 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Begründung:

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

Das Zerschlagungsopfer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Siehe **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Darüber hinaus: Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

Der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

Politik-Versagen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

+ **ÖRR-Versagen** der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

+ **Justiz-Versagen** mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter
= **Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.**
Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!

Das Opfer ist kein Täter, ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnd. Sieh Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von **Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen** mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend im 81.Lebensjahr mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

Beantragt wird erweiterte Bearbeitungszeit für neue Klageschriften:

1 Monat für neue Klageschrift zu Z1 (2 O 70/15 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)

1 Monat für neue Klageschrift zu Z2 (2 O 163/16 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf Was soll denn bezeugt werden?

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erziehungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

Es ist makaber, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80.Lebensjahr)

Es ist makaber, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

Es ist makaber, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wuchtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird

Mehr makaber geht nicht, das ist pervers, wenn der Sozialversicherungsträger das Rechtsanwalts honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € monatlich (Zerschlagung 4))

> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher

Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher

Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen

Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-

finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen

Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

**Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“
wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998**

**In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel
von Erziehungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität,
Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale
Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener
Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über
80 Jahren.

Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender
Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein
grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
- > zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Günter Rexrodt,

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Henning Voscherau,

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,

EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Velbert, 27.Sept. 2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 27.Sept. 2022
23.Feb. 2023

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2022 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Begründung:

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

Das Zerschlagungsoffer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Siehe **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Darüber hinaus: Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

Der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

Politik-Versagen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

+ **ÖRR-Versagen** der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

+ **Justiz-Versagen** mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter
= **Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.**
Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!

Das Opfer ist kein Täter, ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnd. Sieh Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von **Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen** mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend im 81.Lebensjahr mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

Beantragt wird erweiterte Bearbeitungszeit für neue Klageschriften:

1 Monat für neue Klageschrift zu Z1 (2 O 70/15 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)

1 Monat für neue Klageschrift zu Z2 (2 O 163/16 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf Was soll denn bezeugt werden?

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erziehungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

Es ist makaber, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80. Lebensjahr)

Es ist makaber, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

Es ist makaber, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wuchtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird

Mehr makaber geht nicht, das ist pervers, wenn der Sozialversicherungsträger das Rechtsanwalts-honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € monatlich (Zerschlagung 4))

> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher

Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher

Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen

Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-

finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen

Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

**Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“
wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998**

**In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel
von Erziehungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität,
Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale
Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener
Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über
80 Jahren.

Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender
Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein
grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
- > zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Günter Rexrodt,

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Henning Voscherau,

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,

EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Velbert, 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben **Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer** **Schriftsätze**

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit **Schriftsatz vom 31.01.2023,**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle
deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380/389)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert
(26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

Velbert, 04.04.2023

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom
31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 21)

Velbert, 04.04.2023



Albin L. Ockl

Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74/88)



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben **Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer** **Schriftsätze**

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit **Schriftsatz vom 31.01.2023,**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen

**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle
deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380/389)

Legende

Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023

Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Frau Zankl
Richterin am
Amtsgericht Velbert
(26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 28.04.2023

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom
31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

Sehr geehrte Frau Richterin Zankl,

der Unterzeichner hat Ihnen die Rechtsbeschwerde während des Gerichtstermins
am 24.02.2023 persönlich übergeben, um ein Gerichtsversehen auszuschließen.

Am Amtsgericht Velbert gibt es Unregelmäßigkeiten, über die Richter
offensichtlich nicht informiert werden. Beispielsweise musste der Unterzeichner
und seine Frau Polizei-Terror bei Dunkelheit auf einem umfriedeten Grundstück
unmittelbar vor einem Gerichtstermin erleben, bei dem es um die
verfassungswidrige Krankenversicherung gegangen ist. Geschehen im Januar
2023, der zuständige Richter, darauf schriftlich und auch im Termin
angesprochen, wusste davon nichts. Wird so die Justiz manipuliert?

**Der Unterzeichner ist besorgt wegen des Einsatzes weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft. Er ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit
1998, seit 25 Jahren, am Wohnort und am Geburtsort, unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder, einer Immunität-
geschützten Täterschaft mit Weisungsbefugnis zu Staatsanwälten.**

Diese Weisungen werden nicht direkt erteilt, sondern über den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf und / oder über das Bundesamt für Justiz.

Der Unterzeichner hat ein berechtigtes Interesse über Aufklärung der hier vorliegenden Unregelmäßigkeit. Die einzige Regelmäßigkeit dieser Bußgeld-Verfahren besteht darin, dass sie seit 2011 stattfinden, nach niedergeschlagenen Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München, in 2010. Sein Bruder hat die Hetzjagd unter Söder, damals Bayerischer Staatsminister, nicht überstanden und in 2012 den Freitod vorgezogen.

Es ist kann nicht Ihre Aufgabe sein, über die Verfassungswidrigkeit von Sozialversicherungen zwischen einer Vielzahl von Terminen zu Verkehrsdelikten zu entscheiden. Wir haben die Verfassungsbeschwerde daher auch weitergeleitet:

> an das Sozialgericht Düsseldorf wegen Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen in Verbindung mit einem Pfändungsschutzkonto und laufenden Pfändungen sowie

> an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wegen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine Überflutung von Gerichtsverfahren unter Betreuung von Staatsanwälten. Die Überflutung mit Gerichtsverfahren im Alter von über 80 Jahren ist ein Exzess von Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung. Rechtsbeschwerden wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nur auf Antrag zuzulassen, ist ein **zusätzlicher Grund für eine Verfassungsbeschwerde** am Bundesverfassungsgericht:

Der mit Datum 23.Feb.2023 aktualisierte Schriftsatz mit Begründung Rechtsbeschwerde und vernetzter Dokumentation: Sieh

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D: Sieh

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74/88)

Wegen der Unverhältnismäßigkeit aller Vorgänge, eines Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen in 2-stelliger Millionenhöhe als einzige Ursache für verfassungswidrige Sozialversicherungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr), mit exzessiver Opferkriminalisierung, mit orgienartiger Überflutung eines Rentners im 82.Lebensjahr mit Gerichtsverfahren, nicht nur hier im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, noch dazu mit einem Bußgeldverfahren, das ist Spitzenleistung am Amtsgericht Velbert, nur noch als **brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig mit Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung abzuwehren mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG**

Es ist Faktenlage,

dass wir für den Aufbau unserer Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größtem Congressangebot und professionellem Wissensmanagement keinen einzigen Pfennig Fördergelder erhalten haben, dass wir bis heute für Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz dieses herausragenden Lebenswerkes keinen einzigen Cent erhalten haben, und dann **von deutscher Justiz boykottiert und von Staatsanwaltschaften sabotiert** werden.

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur

unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, mit meiner Seminarreihe ONLINE den Grundstein für unsere Europäischen Congressmessen gelegt zu haben,

die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben,

mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz **eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009)** wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Es ist Faktenlage,

dass mein Bruder, Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebes und eines Damwild-Geheges am Geburtsort, sieh Internet

> > > <http://www.damwild-ockl.de>

Opfer einer pranger-artigen Volksjustiz in bayerischen Kommunalwahlen mit anschließendem Behörden-Versagen (Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Mitterteich/Leonberg) und Justiz-Versagen (Verwaltungsgericht Regensburg) unter Rückendeckung aus München (heutiger Ministerpräsident mit Staatsministerin Melanie Huml) und Berlin (Altbundeskanzlerin), geworden ist, dass sudetendeutsche Vertriebene, z.B. Volksschule-Klassenkameradin, verheiratet mit Landrat, Sohn eines führenden NSDAP-Mitgliedes, das meinen Vater in den Russland-Feldzug 1941 (beerdigt in Kramatorsk / Ukraine 1945) trotz Befreiung vom Kriegsdienst als Betreiber einer sog.Kunstmühle (vollautomatisiert in 1941) gezwungen hat, weil er kein NSDAP-Mitglied war, und Volksschule-Klassenkamerad (später Bürgermeister von Mitterteich) die Zerschlagung am Geburtsort erzwungen haben, dass mein Bruder mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) mit anschließender Nachlassinsolvenz getrieben wurde,

dass die Niederschlagung meiner Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München

deutsch-bayerisches Politik-Versagen unter Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker (Altbundeskanzlerin, heutiger Ministerpräsident in Bayern mit Staatsministerin Huml in seiner Staatskanzlei) die Verbundenheit deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker gegen uns gefestigt hat, dass der heutige bayerische Ministerpräsident als Schirmherr die Sudetendeutschen Vertriebenen zum 4. bayerischen Volksstamm mit entsprechender Unterstützung erklärt hat, um sich Wählerstimmen zu sichern für seine Wahlkampfstrategie 40% + X.

Erdrückende Beweislage detailliert in Gerichtsverfahren seit 2010 längst vorgelegt und unvorstellbar: Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen seit 1998.

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Der Unterzeichner beantragt die Einstellung des Bußgeldverfahrens wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen mit Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutz-Konto und wegen staatsanwaltschaftlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen notfalls mit Rechtsbeschwerde.

Mit höflichem Gruß



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle
deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Legende

Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023

Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-4971-548

Oberlandesgericht Düsseldorf
3.Senat für Bußgeldsachen
IV-3 ORbs 133/23

Cecilienallee 3
40474 Düsseldorf

Velbert, 28.08.2023

IV-3 ORbs 133/23

523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal

Beschluss vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.08.2023) am
Oberlandesgericht Düsseldorf durch Richterin am Landgericht Kellner
Zurückweisung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen
verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011
im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im
82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Begründung mit fortlaufender. Nummerierung:

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten. Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum. Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . . **Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten: **Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal******

Die Rechtsbeschwerde, direkt an die verantwortliche Richterin Zankl des Amtsgerichtes Velbert übergeben und gemäß Ihrem Hinweis an der Geschäftsstelle zu Protokoll gegeben, inzwischen auch beim Bundesverfassungsgericht in Form einer Verfassungsbeschwerde vom 31.März 2023 zur Überprüfung vorgelegt und anschließend dem Amtsgericht zwecks Abhilfe vorgelegt (Anlage OWiV-07 OLG), umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner jetzt im 82.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sich Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

**weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.**

Das Zerschlagungsopfer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, Qualitäts- und Leistungsmerkmal seiner in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Sieh **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Darüber hinaus: Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

Der Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

Politik-Versagen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

+ ÖRR-Versagen der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

+ Justiz-Versagen mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter

= Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.

Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!

Das Opfer ist kein Täter: ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnend (Art.1 Abs.1 GG). Sieh **Anlage OWiV-03**

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von

Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend jetzt im 82.Lebensjahr mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

Kapitel 02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

Was soll denn bezeugt werden?

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen

mit Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

Es ist makaber, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80.Lebensjahr)

Es ist makaber, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

Es ist makaber, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wuchtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung (inzwischen auch Rückerstattungen von Stromeinsparungskosten durch Stromlieferant, dringend benötigt) kassiert wird **Mehr makaber geht nicht, das ist pervers**, wenn der Sozialversicherungsträger ein horrendes Rechtsanwalts Honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € bis über 1000 € monatlich (Zerschlagung 4)
> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

Kapitel 03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel persönlich verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität, Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über 80 Jahren.

Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin.

Kapitel 04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu

Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit

Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und

gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in

Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Günter Rexrodt,

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Henning Voscherau,

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,

EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen der aktuellen Rechtsbeschwerde, persönlich übergeben an die Richterin am Amtsgericht Zankl, sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Der aktuellen Rechtsbeschwerde wurden auch aktualisierte Anlagen als Beweis beigelegt:

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erziehungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit
Schriftsatz vom 31.01.2023.

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und
Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender
Lebensleistung.**

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in
2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne
geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für**

Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR

und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“,

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher

Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne

Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in

den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und

Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger

Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht

gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitation und
Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung,
deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus**

rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011** mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für horrenden Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,
selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer **OWi-Bussgeld-Hexenjagd** am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380/389)

Die Pfändungen auf dem Pfändungsschutz-Konto unter staatsanwaltlicher Steuerung sind brutal verfassungswidrig.

Der Nachweis über die Verfassungswidrigkeit des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23** mit wahrheitswidrigen Angaben wird mit folgenden Anlagen erbracht:

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74).

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:

Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Die Rechtsbeschwerde ist Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 (2 BvR 539/23). Im Beschluss wurde kein Hinweis gegeben, wie bei Einlegung des Rechtsmittels wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs zu verfahren ist. In Anbetracht der aufgezeigten Missstände ist das

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen
Beschluss IV-3 ORbs 133/23 ausführlich begründet, weil
brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet,
ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft des Beschlusses.
Die Hinweise der verantwortlichen Richterin am Amtsgericht wurden eingehalten,
soweit dies möglich war. Auch der schriftliche Beschluss wurde dem
Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

**Selbst die Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist als
verfassungswidrig abzulehnen, weil sie dazu missbraucht wird,
verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken.
Es geht hier nicht um Verkehrsordnungswidrigkeiten, sondern um 25 Jahre
politisch motivierte Zerschlagungen mit einem Opfer verhöhnendem
Opferkriminalisierungswahnsinn mit altersfeindlicher
Generationendiskriminierung u.v.a.m. Die Geschäftsstelle des zuständigen
Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 28.08.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, viel zu spät wie in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste

u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle
zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung
seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch
altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf
vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht
übergeben**

**Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und
anderer Schriftsätze**

Anlage OWiV-02 a

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom
01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh
Seite 9 oben

Anlage OWiV-03

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises
Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-
Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380/389)

Legende

Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit: Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um

[25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen](#)

[mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-4971-548

**Oberlandesgericht Düsseldorf
3.Senat für Bußgeldsachen
IV-3 ORbs 133/23**

**Cecilienallee 3
40474 Düsseldorf**

Velbert, 03.10.2023

IV-3 ORbs 133/23

523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal

Verfassungswidriger Beschluss vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.09.2023)
am Oberlandesgericht Düsseldorf durch Richterin am Landgericht Kellner

Hier: Hinweis auf **termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde** gegen den Beschluss.

Rechtsmittel der Anörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen verfassungswidrigem
Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im
82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

Begründung mit fortlaufender. Nummerierung:

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG. Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss.

Kapitel 05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten. Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum. Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . . Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten: Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

Siehe auch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D. nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf> Scroll down after link (page 10/21/28) und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen.

Siehe auch

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74).

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:

Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,

Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Die Rechtsbeschwerde ist Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 (2 BvR 539/23). Im Beschluss wurde kein Hinweis gegeben, wie bei Einlegung des Rechtsmittels wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs zu verfahren ist. In Anbetracht der aufgezeigten Missstände ist das Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23 ausführlich begründet, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft des Beschlusses. Die Hinweise der verantwortlichen Richterin am Amtsgericht wurden eingehalten, soweit dies möglich war. Auch der schriftliche Beschluss wurde dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

Selbst die **Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist als verfassungswidrig abzulehnen, weil sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Es geht hier nicht um Verkehrsordnungswidrigkeiten, sondern um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit einem Opfer verhöhnendem Opferkriminalisierungswahnsinn mit altersfeindlicher Generationendiskriminierung u.v.a.m. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 03.10.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, viel zu spät wie in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste

u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh Seite 9 oben

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen

**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die **Energie-Pauschale der Bundesregierung** an alle
deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380/389)

Legende

Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit: Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um

[25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen](#)

[mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen

den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)